

21.05.2025

# STELLUNGNAHME

## zur Sondierung der Europäischen Kommission für eine „EU-Agenda für Städte“ (Ares(2025)3030877)

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission zu einer „EU-Agenda für Städte“. In der Vergangenheit wurden mit der neuen Leipzig Charta, der Territorialen Agenda und der EU-Städteagenda bereits wichtige Impulse gesetzt, die nun weitergeführt werden sollten.

### **Bessere Koordinierung der raumrelevanten europäischen Gesetzgebungen und Förderprogramme**

Eine der zentralen Forderungen ist eine bessere Koordinierung zwischen den Generaldirektionen bei städtischen und territorialen Gesetzgebungen sowie Förderprogrammen. Der Prozess der Entwicklung der Städteagenda sollte eng mit den Diskussionen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) verknüpft werden.

Die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der angestrebte Wandel hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Wirtschaft stellen insbesondere auch stärker entwickelte Metropolregionen vor Transformationsherausforderungen. Diese Regionen haben einerseits mit Entwicklungsunterschieden in ihren Teilräumen zu kämpfen und sind andererseits besonderen Herausforderungen ausgesetzt, wie Siedlungsdruck, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Umwelt-, Lärm- und Verkehrsbelastungen, demografischer Wandel, Migration und Fachkräftemangel. Auch die europaweiten Herausforderungen wie digitale Transformation, nachhaltige Energiewende und Klimawandel (Klimaschutz und Folgenanpassung) stellen Metropolregionen besonders auf die Probe. Diese Herausforderungen sind in funktionalen Räumen wie Metropolregionen, die oft gegenläufige Trends in ländlichen und städtischen Teilräumen miteinander vereinbaren müssen, besonders relevant.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten versuchen, diesen Herausforderungen durch verschiedene Politiken (Umwelt, Regionalpolitik, Verkehr, Klima usw.) zu begegnen. Dies ist begrüßenswert, jedoch fehlt häufig ein integrierter territorialer Ansatz. Eine neue Initiative zur EU-Agenda für Städte könnte diesen Ansatz stärken.

### **Fokus auf Städte mit ihren funktionalen Verflechtungen im peri-urbanen Raum**

Die Städteagenda sollte einen allgemeinen Rahmen darstellen, der die verschiedenen europäischen Politikbereiche und Initiativen, die sich mit Städten befassen, besser integriert. Dadurch könnte die städtische und räumliche Dimension der Politikbereiche stärkere Beachtung finden. Es ist jedoch auch notwendig, klar zu definieren, was unter städtischen Gebieten verstanden wird. Dies umfasst nicht nur die Gebietseinheit der

Stadt, sondern auch ihre funktionalen Verflechtungsgebiete. Es ist wichtig, dass die EU-Agenda für Städte nicht nur auf (inner-)städtische Gebiete beschränkt bleibt, sondern auch Metropolregionen und ihre peri-urbanen Räume einbezieht. Neben der Definition von Stadt sollten die städtische und territoriale Dimension der europäischen Politikbereiche und Initiativen näher identifiziert werden.

### **Umsetzung von EU-Politik und Strategien auf lokaler und regionaler Ebene**

Die Umsetzung von EU-Politik und -Strategien muss auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen, da hier das Fachwissen, die Kenntnisse und das Verständnis der städtischen Gebiete sowie die Verwaltungshoheit liegen. Auch ist hier der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern besonders stark ausgeprägt. Ein stärker konzertierter Ansatz der EU-Politik würde sowohl der lokalen als auch der regionalen Ebene zugutekommen. Mit regionaler Ebene ist hier die Ebene einer Stadt- oder Metropolregion gemeint. Eine EU-Städteagenda könnte die Governance zwischen lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene verbessern.

### **Einbeziehung der Städte bei der europäischen Politikgestaltung**

Es ist wichtig, die Erfahrungen der lokalen Ebene in die EU-Politik zurück zu spiegeln. Aus diesem Grund müssen Städte stärker in die Politikgestaltung auf regionaler, nationaler und EU-Ebene einbezogen werden. Dies kann durch eine stärkere Beteiligung an der Diskussion über die Gestaltung und Umsetzung von EU-Politik und -Strategien erreicht werden.

Die lokale Ebene sollte sich aktiv an der Erstellung und Umsetzung der EU-Agenda für Städte beteiligen und ihr Know-how einbringen können. Auf EU-Ebene sollte angestrebt werden, die EU-Politikbereiche integrierter und räumlicher zu gestalten. Zu diesem Zweck könnte beispielsweise eine städtische territoriale Einheit in jeder Generaldirektion eingerichtet werden, um die räumlichen Auswirkungen von EU-Politikbereichen stärker zu berücksichtigen. Diese Einheiten sollten in regem Kontakt mit den lokalen und regionalen Behörden oder ihren Verbänden und Vertretern stehen.